Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8795**

17. Wahlperiode 29. 02. 2012

Antrag

der Abgeordneten Harald Koch, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Für eine kostenfreie und umfassende Betreuungskommunikation im Einsatz

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Telefon – mobil und über Festnetz – sowie Internettelefonie und Surfen sind in unserer Gesellschaft selbstverständliche Güter. Für die Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz und ihre Angehörigen sind sie von erheblicher Bedeutung für die Bewältigung der mit dem Militäreinsatz für beide Seiten verbundenen Belastungen. Es sollte daher eine Selbstverständlichkeit sein, dass diese Kommunikationswege den Soldatinnen und Soldaten durch den Dienstherrn in entsprechender Qualität und kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. In der Realität ist dies leider nicht in ausreichendem Maße der Fall.

Auch nach einem Wechsel des Anbieters in der ersten Jahreshälfte 2011 kritisieren Bundeswehrangehörige sowie der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, dass das Angebot noch immer nicht zufriedenstellend ist. So wird vor allem bemängelt, dass keine Nutzung von Internettelefonie über WLAN möglich ist, dass Telefonie und Internetnutzung sehr teuer sind, da es keine Flatrates und noch nicht einmal Volumenpakete für die Abrechnung gibt, dass zu geringe Bandbreiten zur Verfügung stehen und dass es zu wenige Computerarbeitsplätze für die private Nutzung gibt und die vorhandenen Computer in wenig privater Umgebung aufgestellt sind.

Gut funktionierende Kommunikationsmöglichkeiten sind für die Soldatinnen und Soldaten im Einsatz von zentraler Bedeutung für die Erhaltung ihrer psychischen Gesundheit und die Verhinderung von Verrohung und Abstumpfung. Ein besserer Schutz – und gleichzeitig die beste Gewähr für die Pflege und Aufrechterhaltung familiärer und zwischenmenschlicher Bindungen sowie angemessener Kommunikationsstrukturen mit Angehörigen und Freunden – wäre jedoch die sofortige Beendigung aller Bundeswehrkriegseinsätze. Im Übrigen würde dies auch die Anstrengungen zur Verbesserung der Betreuungskommunikation überflüssig machen.

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dafür Sorge zu tragen, dass den im Ausland eingesetzten Soldatinnen und Soldaten ein ungehinderter und vollständiger Zugang zu Rundfunk-, Presse- und Onlineberichterstattung gewährt wird;

2. den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz grundsätzlich die Möglichkeit einzuräumen, kostenfrei nach Deutschland zu telefonieren und die bisher geltende Beschränkung von 30 Freiminuten pro Woche damit aufzuheben, sowie dafür Sorge zu tragen, dass dies auch Bedingung bei zukünftigen Ausschreibungen ist;
3. den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz die Möglichkeit einzuräumen, kostenfrei das Internet zu nutzen und die Unterkünfte der Bundeswehr in den Einsatzgebieten möglichst flächendeckend mit einer Technologie auszustatten, die die Nutzung von Programmen zur Videotelefonie stabil und in entsprechender Qualität ermöglicht, auch während der Hauptnutzungszeiten;
4. den Zugang zur kostenfreien Nutzung des Internets für die Soldatinnen und Soldaten zu erleichtern, indem zusätzliche Steckplätze für Laptops sowie fest installierte Rechner zur Verfügung gestellt werden;
5. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Privatsphäre von Soldatinnen und Soldaten bei der Nutzung von Videotelefonie in den Gemeinschaftsunterkünften zu gewährleisten, und dabei sicherzustellen, dass die Soldatinnen und Soldaten offen und sicher über ihre Erlebnisse im Einsatz berichten können und dabei im Einklang mit dem Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis aus Artikel 10 des Grundgesetzes keiner Überwachung unterliegen;
6. die Verträge mit den Anbietern so zu gestalten, dass bei Nichterbringung der vereinbarten Leistungen eine entsprechende Vertragsstrafe oder in extremen Fällen eine zügige Aufhebung des Vertrages möglich ist;
7. die durch den geplanten Abzug der Bundeswehr aus den Einsatzgebieten entstehenden Mehrkosten der Versorgung pro Kopf auch dauerhaft nicht auf die Soldatinnen und Soldaten umzulegen.

Berlin, den 29. Februar 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333